

Wahlprüfsteine 2013

Forderungen der deutschen Elektroindustrie
an den 18. Deutschen Bundestag



EINLEITUNG



Dr. Klaus Mittelbach, Vorsitzender der Geschäftsführung

Einleitung

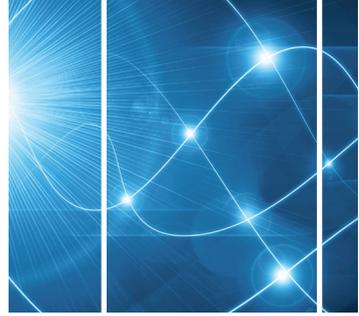
Am 22. September 2013 wird in Deutschland ein neuer Bundestag gewählt. Bereits im Vorfeld haben sich die politischen Parteien auf Parteitag und mit Wahlprogrammen positioniert, und auch die deutsche Elektroindustrie, vertreten durch den ZVEI - Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie, bezieht mit eigenen Wahlprüfsteinen Stellung.

Für unser Land steht in der kommenden Legislaturperiode viel auf dem Spiel. Bei der Energiewende muss endlich entschiedener gehandelt werden. Dann kann dieses „Jahrhundertprojekt“ auch gelingen. Unser Land hat die einmalige Chance, der Welt zu zeigen, dass der intelligente Umbau der Energieversorgung in einer Industrienation möglich ist. Die dafür notwendigen Technologien liegen fast vollständig vor – sie kommen größtenteils aus der Elektroindustrie – und können eingesetzt werden.

Auch bei anderen nationalen und globalen Herausforderungen ist die Elektroindustrie willens, Verantwortung zu übernehmen: energieeffiziente Automationstechnik, nachhaltige Mobilität, ein leistungsstarkes Gesundheitssystem, Sicherheit von Daten und Produktion, Industrie 4.0 – die Elektroindustrie ist der wichtige Taktgeber für Innovation, Fortschritt und Wohlstand. Mit 841.000 Beschäftigten, zusätzlich noch einmal 665.000 im Ausland, gehört sie zu den leistungsstärksten Branchen. Damit sie ihre Stärken auch in Zukunft zum Wohle unseres Landes ausspielen kann, ist es wichtig, dass die Politik für verlässliche Rahmenbedingungen und Planungssicherheit sorgt. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa, dem Heimatmarkt unserer stark international aufgestellten Industrie, die 2012 beim Export mit 160 Milliarden Euro einen neuen Rekordwert erzielte.

Die vorliegenden Wahlprüfsteine sind unser Angebot an Politik und Gesellschaft. Gemeinsam wollen wir die vor uns liegenden Herausforderungen anpacken. Der ZVEI und die Elektroindustrie sind dialogbereit.

1. Energie



Die Energiewende bietet die Chance, das Energiesystem zukunftsfest, also effizient und umweltverträglich zu gestalten. Deutschland kann dabei auch technologisch Vorreiter sein und neue internationale Märkte erschließen. Der Systemwechsel erfordert aber eine starke politische Abstimmung, um die verschiedenen Handlungsfelder sach- und zeitgerecht zu verbinden: koordinierter Zubau der erneuerbaren Energien, Anreize für Investitionen in konventionelle Kraftwerke, Anreize für Investitionen in die Netze, Anreize für Energieeffizienzmaßnahmen im privaten wie industriellen Bereich; angemessene Strompreise.

Nötig ist daher ein neues Marktdesign. Dieses Marktdesign muss Anreize für den politisch gewollten, aber effizienten Ausbau erneuerbarer Energien, für die Bereitstellung der notwendigen Flexibilität, für Effizienzmaßnahmen und für die Sicherstellung der Versorgungssicherheit geben. Die Integration der Erneuerbaren in ein marktwirtschaftlich ausgerichtetes Energiesystem zählt dabei zu den Kernelementen eines neuen Marktdesigns. Sie muss planbar und für Investoren verlässlich erfolgen.

Die regulatorischen Rahmenbedingungen müssen den Aus- und Umbau des Verteilnetzes ermöglichen. Der heutige Regulierungsrahmen wird diesem Anspruch nicht gerecht, da er vor allem auf Effizienzsteigerung in einem stabilen Umfeld ausgerichtet ist.

Energieeffizienz muss Priorität bekommen und zu einem Eckpfeiler der Energiewende werden. Nur so wird es auch weiterhin gelingen, die Wirtschaftsleistung zu steigern und gleichzeitig den Energieverbrauch zu senken. Die innovationsfreudige deutsche Elektroindustrie trägt hierzu erheblich bei.

ZVEI-Position:

- Deutlich bessere Verzahnung energiepolitischer Maßnahmen zwischen allen beteiligten Institutionen (Bund, Länder, Europa) – beginnend bereits auf der Arbeitsebene
- Flexibilität bei Erzeugung und Verbrauch muss vergütet werden – nötig sind Preissignale für Erzeugung und Verbrauch auf Basis von Echtzeit-Informationen über individuelle Verbrauchswerte, Strompreise sowie Tarifspreizungen

- Eigenverbrauch wird zukünftig noch an Bedeutung zunehmen; das bestehende Netzentgeltssystem muss daher so ergänzt werden, dass Netznutzer mit wenigen Benutzungsstunden angemessen an der Netzfinanzierung beteiligt werden
- Die erneuerbaren Energien müssen perspektivisch in den Markt integriert werden; sie brauchen ein Marktdesign, das ihrer besonderen Charakteristik entspricht und ihren effizienten Ausbau fördert; das EEG muss planbar und für Investoren verlässlich den Pfad zur Marktintegration aufzeigen
- Der Ausbau der regenerativen Erzeugung muss in ein europäisches Konzept der erneuerbaren Energien eingebunden werden, dazu ist auch die Vollendung des EU-Energiebinnenmarkts erforderlich; außerdem muss der Ausbau mit dem Netz- und Speicherausbau synchronisiert werden
- Um ausreichende Investitionen in das Verteilnetz zu gewährleisten, muss die Anreizregulierung Investitionen ermöglichen und entsprechende Kosten in der Erlösobergrenze, z. B. über einen Ansatz von Plankosten, berücksichtigen; Marktregeln und Zuständigkeiten in einem Smart Grid müssen festgelegt werden sowie EU-weit einheitliche Rahmenbedingungen für die Einführung von Smart Grids geschaffen werden; neue Geschäftsmodelle und neue Dienstleister sollten unterstützt werden
- Setzen von Anreizen für die Entwicklung von Geschäftsmodellen zum externen Speichermanagement
- Smart Meter stellen die Basis dar für Verbrauchstransparenz und Energieeinsparung, effiziente Ableseprozesse, variable Tarife sowie letztlich optimierte Investitionen in den Netzausbau; elektronische Messeinrichtungen sind daher bei jedem Zählerwechsel einzubauen, darüber hinaus sollte ein flächendeckender Einsatz von Messsystemen mit Kommunikationsmöglichkeit erfolgen
- Marktorientierte Umsetzung der EU-Energieeffizienzrichtlinie; für die Erreichung der Energieeffizienzziele in Deutschland ist ein Instrumentenmix erforderlich – es ist im Sinne des Systems, sich zu Beginn zunächst auf die „low-hanging-fruits“ zu konzentrieren
- Stärkung von Energiemanagementsystemen als Grundlage eines sparsamen und effizienten Umgangs mit Energie sowie als Gegenleistung von Unternehmen für Entlastungsregelungen, z. B. beim EEG; Lebenszykluskosten-Berechnungen bei sämtlichen öffentlichen Beschaffungen; verlässliche Finanzierung des Energieeffizienzfonds; faire Rahmenbedingungen für Energiedienstleister in EEG und Mietrecht; stärkere Berücksichtigung von Gebäude-Elektroanlagen in der EnEV; KfW-Gebäudesanierungsprogramme ausdehnen auf Investitionen in Gebäudeautomation und Energie-/Gebäudemanagement, Anreize zur Einführung hocheffizienter kommunaler Straßenbeleuchtung

2. Umwelt- und Klimaschutz



Bei der Beschränkung der Verwendung eines chemischen Stoffes oder einem durch das Zulassungsverfahren drohenden Stoff- oder Verwendungsverbot unter der REACH-Verordnung ist eine sehr grundsätzliche Problemlage zu beachten: Wenn die Erlaubnis zur Verwendung eines Stoffes der Kategorie „Substances of Very High Concern“ (SVHC) nicht erteilt wird, so werden davon gezielt nachgeschaltete Anwender und Produktionsstandorte in der EU betroffen. Unbehelligt blieben jedoch Erzeugnishersteller außerhalb der EU. Da der Umgang mit SVHC außerhalb der EU nicht EU-Recht unterliegt, können Erzeugnisse, die unter Einsatz dieser Stoffe dort hergestellt werden, ohne Einschränkungen in die EU eingeführt und dort vermarktet werden. Dies ist jedoch gleichbedeutend mit massiven Benachteiligungen der europäischen Hersteller, ohne einen Vorteil für den Umwelt- und Gesundheitsschutz. Importierte Erzeugnisse könnten sogar höhere Gehalte an SVHC aufweisen als bis dato in der EU produzierte.

Die Elektroindustrie sorgt für geschlossene Wertschöpfungskreisläufe und für eine übergreifende Vernetzung von Stoffflüssen auf den einzelnen Wertschöpfungsstufen. Für die Verwertung von Elektro- und Elektronik-Altgeräten hat der ZVEI federführend die Stiftung „Elektro-Altgeräte Register“ (EAR) ins Leben gerufen. Seit mehr als fünf Jahren nehmen die Hersteller Elektro- und Elektronik-Altgeräte zurück. So werden in Deutschland jährlich 700.000 Tonnen Elektro- und Elektronik-Altgeräte einer Verwertung zugeführt. Für die Rücknahme und das Recycling von Gerätebatterien hat der ZVEI 1998 die Stiftung „Gemeinsames Rücknahmesystem Batterien“ (GRS) gegründet. Mit 14.728 Tonnen gesammelter Gerätebatterien konnte GRS Batterien 2011 die Rücknahmemenge erneut steigern. Dass Bleibatterien ein begehrtes Gut sind, zeigen die Erfolge beim Batterierecycling: Jährlich werden mehr als 150.000 Tonnen Starter- und Industriebatterien mit Bleielektroden gesammelt und in Sekundärhütten wiederverwertet – mit einer Verwertungsquote von nahezu 100 Prozent. Die Rücknahmesysteme für Batterien und für Elektro- und Elektronik-Altgeräte zählen innerhalb Europas sowohl ökologisch als auch ökonomisch mit Abstand zu den effizientesten.

ZVEI-Position:

- Anwendung des risikobasierten Ansatzes bei der Auswahl von Instrumenten zur Stoff-Reglementierung unter der REACH-Verordnung, um Benachteiligungen der europäischen Erzeugnishersteller zu vermeiden
- Novellierung des Elektro- und Elektronikgerätegesetz – ElektroG (Umsetzung der WEEE2-Richtlinie) in der Weise, dass die ökologisch als auch ökonomisch erfolgreiche Rücknahmesystematik der Elektroindustrie weiter optimiert und die Investitionen der Hersteller in die umweltgerechte Konstruktion ihrer Geräte anerkannt werden

UMWELT- UND KLIMASCHUTZ

3. Gesundheit



Die Gesundheitssysteme in Deutschland und zahlreichen anderen Ländern der Welt werden durch die demografische Entwicklung in den nächsten Jahrzehnten vor enorme Herausforderungen gestellt. Die Alterung der Bevölkerung und die Zunahme chronischer Erkrankungen erhöhen die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen und drohen die heutige Struktur der Gesundheitsversorgung zu überlasten. Nur wenn wir die Innovationen der Gesundheitswirtschaft konsequent nutzen, ist eine dauerhaft bezahlbare Betreuung der Bevölkerung mit hoher Qualität möglich.

Die gesundheitliche Betreuung des einzelnen Patienten findet in Zukunft nicht nur in Krankenhaus und Arztpraxis, sondern auch zu Hause und unterwegs statt. Telemedizin, Homecare und Ambient Assisted Living (AAL) bilden gemeinsam mit der Behandlung in Arztpraxis und Krankenhaus ein Netz für die kontinuierliche Betreuung des Patienten. Die Gesundheitswirtschaft der Zukunft braucht deshalb nicht nur moderne Medizintechnik. Verschiedene Produkte aus zahlreichen Gebieten der Elektrotechnik- und Elektronikindustrie müssen verknüpft werden.

Auf dieser Basis kann Deutschland die Chancen des medizinischen Fortschritts auch für Wachstum und Beschäftigung nutzen und sich als internationaler Leitmarkt für Gesundheit positionieren.

ZVEI-Position:

- Medizintechnische Infrastruktur in Deutschland an den künftigen Bedarf der Bevölkerung anpassen und elektronische Patientenakten unter Nutzung der elektronischen Gesundheitskarte einführen
- Rahmenbedingungen für eine innovationsfreundliche Gesundheitswirtschaft schaffen, die Investitionen in moderne Infrastruktur und Medizintechnik fördern
- Vorgehen der Ressorts Gesundheit, Forschung und Wirtschaft der Bundesregierung wirkungsvoll miteinander koordinieren, um in Deutschland die innovative Gesundheitswirtschaft zu stärken
- Wechsel zu einer monistischen Finanzierung der Krankenhausinvestitionen, um Investitionsstau abzubauen, Förderung der Vernetzung in der Gesundheitswirtschaft durch ein sektorübergreifendes Entgeltsystem, Innovationen durch befristete Erstattung fördern

4. ● Mobilität



Mobilität ist eine der großen Herausforderungen unseres Jahrhunderts. Das Fahren mit einer sauberen Energie, leise und ohne Abgase mit einer schnell aufladbaren Batterie, ist ein langgehegter Wunsch, der in Reichweite kommt. Die deutsche Elektroindustrie deckt nahezu das gesamte Spektrum an Komponenten und Systemen ab, die das Elektromobil ausmachen: vom Motor über die diversen elektronischen Systeme der Leistungselektronik bis zum unentbehrlichen Energiespeicher Hochenergiebatterie. Auch die notwendige Infrastruktur, die Stromtankstelle mit modernster Steuer- und Regelsoftware, ist Domäne der Produzenten im ZVEI.

Die aktuellen Erkenntnisse zu den bevorstehenden Veränderungen des Weltklimas und ihren Folgen machen deutlich, dass nur mit einer neuen Art von Mobilitätsdenken die schädlichen Emissionen reduziert werden können. In der Smart City der nicht allzu fernen Zukunft müssen wir alle Verkehrsträger effizient und intelligent verbinden, um den ständig steigenden Anforderungen an den Transport von Menschen und Gütern ökonomisch und ökologisch gerecht zu werden. Bei der E-Mobilität gilt es, Fahrzeug, Verkehr und Energie eng zu verknüpfen – wie es bereits bei der Eisenbahn gelingt.

ZVEI-Position:

- Planungssicherheit herstellen; die Planungszeit für die Industrie beträgt mindestens fünf Jahre, auf die zugesagte Förderung der E-Mobilität müssen sich die Unternehmen verlassen können; deshalb muss die Förderung aus dem Haushalt erfolgen, statt aus dem wenig berechenbaren Klimafonds
- Auch bei der Projektförderung muss sich die Politik an der gängigen Entwicklungsdauer orientieren; in der kommenden Legislaturperiode muss die Förderung in mindestens gleicher Höhe mit 500 Millionen Euro weitergeführt werden; nicht ausgeschöpfte Fördermittel aus der laufenden Legislaturperiode sind zu kumulieren und dürfen nicht verfallen

- Sicherstellung einer adäquaten Forschungsförderung zur Überwindung der bestehenden technologischen Hürden; dies ist am besten mit einer Kombination aus dauerhafter themenunabhängiger FuE-Förderung im Steuersystem und themenspezifischer Förderung durch Projektförderung erreichbar
- Angemessene Abschreibungsbedingungen sind eine wachstumspolitische Daueraufgabe; um Planbarkeit und Verlässlichkeit der Rahmenbedingungen zu gewährleisten, ist die degressive AfA zeitlich unbefristet wieder einzuführen
- Gestaltung von fiskalischen und nicht-fiskalischen Anreizen für Hersteller und Kunden, um eine schnelle Markteinführung von Elektromobilen zu gewährleisten (Dienstwagenbesteuerung für E-Mobile verbessern, freies Parken etc.); Abschreibungsmöglichkeiten für Flottenbetreiber verbessern
- Aufbau der Ladeinfrastruktur bedarf bis zur Etablierung eines Massenmarkts staatlicher Unterstützung
- Schienenfahrzeuge sollen nicht nur vom Eisenbahnbundesamt, sondern auch von anderen Prüfstellen zugelassen werden können; Organisation statt konkreter Person soll Zulassung testieren (bewirkt schnellere Zulassung und klarere Haftung), Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz muss den Unternehmen langfristig Mittel zur Verfügung stellen; Erhöhung und Verstetigung der Mittel für die Verkehrsinfrastruktur

MOBILITÄT

5. Wachstum und Steuern



Wirtschaftspolitik muss auf das Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzials ausgerichtet sein. Gleichzeitig muss dem Konjunkturverlauf angemessene Rechnung getragen werden. Eine Orientierung der Politik am Mittelstand – also dem Rückgrat der deutschen Wirtschaft – ist ebenso unentbehrlich wie die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für Investitionen und Konsum.

ZVEI-Position:

- Unternehmen und Bürger müssen spürbar und nachhaltig bei Steuern und Abgaben entlastet werden; hierzu bedarf es einer strukturellen Reform des Einkommensteuertarifs, die nicht zuletzt endlich die kalte Progression beseitigt; die Gesamtbelastung mit Sozialbeiträgen muss auf deutlich unter 40 Prozent sinken
- Eine effizientere Regulierung der internationalen Finanz- und Kapitalmärkte muss künftige Finanzmarktkrisen verhindern helfen
- Bürokratiekosten belasten allein durch Informations- und Dokumentationspflichten die Wirtschaft jährlich mit fast 50 Milliarden Euro; den Berg von Verwaltungsvorschriften gilt es abzutragen und die Belastung der Unternehmen mit bürokratischen Vorschriften auf ein Minimum zu reduzieren
- Unbefristete Wiedereinführung der degressiven Abschreibung für alle Anlagegüter; Sonderabschreibungen bzw. Investitionszulagen für Investitionen in Energieeffizienz
- Steuerliche Forschungsförderung ist zweckgebundene Steuerentlastung für Unternehmen; sie hat dann eine große Hebelwirkung, wenn sie für alle Unternehmen gewährt wird (85 Prozent der Forschungsmittel werden von Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern aufgewendet, also nicht von KMU); sie ist international etabliert und in den meisten anderen Staaten in der EU und der OECD bereits implementiert; der ZVEI erneuert seinen Vorschlag der Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung für alle forschenden Unternehmen als Steuergutschrift
- Der steuersystematisch nicht darstellbare und administrativ höchst aufwendige deutsche (Sonder-)Weg zur Besteuerung von Funktionsverlagerungen benachteiligt insbesondere unsere international aufgestellte Industrie; bereits der Versuch, den Begriff „Funktion“ in Gesetz und Verordnung praxisgerecht zu definieren, ist gescheitert; das Resultat sind zunehmende Doppelbesteuerungen und spürbare Standortnachteile, gerade bei FuE; die Regeln zur Funktionsverlagerung müssen

reformiert werden, sodass Doppelbesteuerungen und für Deutschland nachteilige Verständigungsverfahren möglichst rechtssicher ausgeschlossen werden

- Die Mindestgewinnbesteuerung durch übermäßig restriktive Vorschriften zur Verlustverrechnung bestraft in tendenziell willkürlicher und unsachgemäßer Weise das unternehmerische Risiko und gehört wieder abgeschafft; die Möglichkeit von zeitlich wie betragsmäßig uneingeschränkten Verlustvor- und -rückträgen für einen vertretbaren Ausgleich von Gewinnen und Verlusten muss nach Ansicht des ZVEI wieder eingeräumt werden, zumal das Verlustverrechnungsvolumen seit Ende der 1990er-Jahre ohnehin deutlich abgenommen hat
- Der ZVEI erteilt allen Forderungen nach Begründung oder Ausweitung von eigenkapitalschwächenden Substanzsteuern eine klare Absage; die im Rahmen der Erbschaftsteuerreform im Jahre 2008 eingeführten, strengen Verschonungsregeln bei der Vererbung von Betriebsvermögen sollen beibehalten werden; jede Forderung nach Wiedererhebung von Vermögensteuern oder eine Vermögensabgabe lehnen wir ab
- Ertragsunabhängige Elemente der Gewerbesteuer gehören wegen ihrer substanzsteuernden Wirkung ebenfalls auf den Prüfstand und so weit wie möglich reduziert

WACHSTUM UND STEUERN

6. **Forschung, Innovation und Bildung**



Wir, die Elektroindustrie, sind mit einem breiten Produktspektrum von elektronischen Bauelementen bis zu Systemlösungen der Automation, der Energie-, Verkehrs-, Sicherheits- und Medizintechnik der wichtigste Ideengeber für Produkt- und Prozessinnovationen in der deutschen Industrie. Wir stehen für mehr als ein Fünftel der FuE-Aufwendungen der deutschen Wirtschaft.

Für die Sicherung unserer Innovationsfähigkeit benötigen wir eine enge Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik. Gleichzeitig ist eine einfache, verlässliche FuE-Förderung notwendig, die alle Unternehmen erreicht. Dies ist am besten mit einer Kombination aus themenunabhängiger FuE-Förderung im Steuersystem und themenspezifischer Förderung durch Projektförderung erreichbar.

Die Verfügbarkeit von Fachkräften entscheidet mit über die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Elektroindustrie und damit über die gesamte industrielle Wertschöpfungskette. Deshalb ist sicherzustellen, dass auch künftig ausreichend qualifizierte Fachkräfte – Ingenieure und Facharbeiter – zur Verfügung stehen.

ZVEI-Position:

- Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung für alle forschenden Unternehmen als Steuergutschrift
- Stärkung der themenspezifischen Projektförderung zur Schwerpunktbildung und Konzentration auf volkswirtschaftliche Prioritäten und Zukunftstechnologien für Leitmärkte
- Fortsetzung der Hightech-Strategie Deutschland bei konsequenter Umsetzung ihres Anspruchs der ressortübergreifenden Koordinierung von Forschungsförderung, politischen Rahmenseetzungen und Investitionsentscheidungen; besonderes Augenmerk auf Industrie 4.0
- Stärkung des mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichts in Schulen: zwei MINT-Fächer in jeder Schulform verpflichtend bis zum Abschluss, gezielte Lehrerfortbildung für technikhnen Unterricht; mehr Technikhalte bei frühkindlicher Erziehung
- Attraktivere Stellenangebote und Arbeitsbedingungen für Berufsschullehrer

FORSCHUNG, INNOVATION, UND BILDUNG

7 ● Europa



Die Förderung von Leitmärkten zur Sicherung der EU-Wettbewerbsfähigkeit sowie zur Gewährleistung eines langfristigen technologischen Vorsprungs Europas muss in den kommenden Jahren Hauptziel der EU sein. Dafür sind Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie in die Anwendung neuer zukunftsweisender Technologien notwendig. Die Fördermittel der EU müssen deshalb langfristig auf die tatsächlichen Zukunftsmärkte gelenkt werden.

ZVEI-Position:

- Integrierte und international wettbewerbsfähige Industriepolitik; Regionalbeihilfesystem überprüfen, um level-playing-field zu erreichen (insbesondere bei Mikroelektronik): matching clause für Investitionsbeihilfen zur Unterstützung für global im Wettbewerb stehende Investitionen; die derzeit gültigen Regionalbeihilfeleitlinien – die Ende 2013 auslaufen – lassen keine ausreichenden Investitionsbeihilfen für „Key Enabling Technologies“ (KET – bspw. Leistungselektronik) zu; der aktuelle Vorschlag der EU-Kommission zur Überarbeitung dieser Leitlinien verschärft diese Problematik noch, da der globale Wettbewerb dieser Branchen nicht berücksichtigt wird, Bemessungsgrenzen eingeführt werden sollen und in den neuen Bundesländern die Förderung der Großunternehmen gestrichen wird; der ZVEI fordert die Bundesregierung daher zu entschiedener Einflussnahme in Brüssel auf, insbesondere zur Verlängerung der Regionalbeihilfeleitlinien und der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung, zur Fortsetzung der Förderung von Großunternehmen auch in Übergangs- und C-Fördergebieten Deutschlands und zur Rückführung des Beihilfeniveaus in der EU auf eine Kappungsgrenze von 500 Millionen Euro sowie zur Aufnahme von Übergangsfristen für Regionalbeihilfeleitlinien bis 2020 für ehemalige A-Fördergebiete; Beihilfekontrollen müssen auch in anderen Regionen der Welt eingeführt werden

- Rasche Umsetzung des Rahmenprogramms Horizont 2020 zur Förderung von Forschung und Innovation durch gezielte Ausschreibungen und Auftragsvergabe der öffentlichen Hand
- Schaffung von Leitmärkten mit den stärksten Wachstumsaussichten und gezieltere Förderung von innovativen Zukunftstechnologien
- Effizientere Akquirierung von öffentlichen und privaten Investitionen zur Modernisierung der europäischen Infrastrukturen
- Gesetzesfolgenabschätzung und regelmäßige Überprüfung von Regulierungen
- Electra-Empfehlungen der europäischen Elektroindustrie zu Smart Cities und Smart Infrastructures umsetzen
- Liberalisierung des europäischen Binnenmarkts zur Steigerung von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft
- Eine funktionierende und wirksame Marktüberwachung und Sicherheit von Produkten in der EU gewährleisten
- Mehr grenzübergreifende Projekte und Cluster (Energienetze, Infrastrukturen)
- Verfrühte Ausweitung der Ökodesign-Richtlinie auf nicht energieverbrauchsrelevante Produkte vermeiden

8.

Industriepolitik/ Industrie 4.0



Wir stehen an der Schwelle einer von Embedded Systems und Internettechnologien getriebenen 4. industriellen Revolution. Die zunehmende Vernetzung von Produktionssystemen untereinander und mit den Daten und Diensten des Internets lässt eine neue Form der industriellen Produktion entstehen – die Industrie 4.0.

Die Innovationsfähigkeit der deutschen Industrie und ihre Stärke im Bereich der industriellen IT versetzen Deutschland in die Lage, Leitmarkt und Leitanbieter von Industrie 4.0 zu werden. Der ZVEI hat zur Verwirklichung dieses Zieles mit dem VDMA und BITKOM eine gemeinsame Plattform eingerichtet, die das „Zukunftsprojekt Industrie 4.0“ der Hightech-Strategie der Bundesregierung weiterführen und zur industriellen Umsetzung bringen soll. Für das Thema Industrie 4.0 wird das Hauptaugenmerk auf der Entwicklung von Technologien und Standards sowie von Geschäfts- und Organisationsmodellen liegen.

Industrie 4.0 ist ein Paradebeispiel dafür, wie klassische Branchengrenzen verschwinden, wie neue, übergreifende Handlungsfelder entstehen und neue Kooperationsformen notwendig werden. Die Plattform Industrie 4.0 wird Anlaufstelle für Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit sein und dabei helfen, Deutschlands Stellung als führender Produktionsstandort zu erhalten.

ZVEI-Position:

- Flächendeckender Ausbau der Breitband-Internet-Infrastruktur für die Industrie zur Gewährleistung der Anforderungen eines hochvernetzten Produktionsstandorts
- Eine an die Herausforderungen der Industrie 4.0 angepasste Hightech- und IKT-Strategie der Bundesregierung sowie die Förderung von Leitprojekten
- Förderung der Entwicklung geeigneter Aus- und Weiterbildungsinhalte, die an den Bedürfnissen der produzierenden Unternehmen ausgerichtet sind

INDUSTRIE- POLITIK/ INDUSTRIE 4.0

9. Sicherheit



Das hohe Sicherheitsniveau ist ein wichtiger Standort- und Wirtschaftsfaktor Deutschlands. Die oftmals nationale Zertifizierung sicherheitstechnischer Produkte in der EU in einem an sich gemeinsamen Markt ist für die Unternehmen mit hohen Kosten verbunden. Hierdurch gehen der deutschen Wirtschaft im europäischen Markt wichtige Ressourcen verloren und eine effiziente Marktbearbeitung wird behindert.

Politische Entwicklungen, aber auch frei verfügbare moderne Technologie haben dazu geführt, dass innere und äußere Sicherheit nicht mehr voneinander abzugrenzen sind. Umso wichtiger sind der ressortübergreifende Austausch und die Zusammenarbeit verschiedener Behörden. Ein ressortübergreifendes Vorgehen kann effektive und kostengünstige Lösungen sicherstellen.

Angriffe aus dem Cyberraum bedrohen Industrie und Gesellschaft. Das Funktionieren unserer Gesellschaft ist abhängig vom störungsfreien Arbeiten der Kritischen Infrastrukturen. Durch die Vernetzung mit IT werden diese Infrastrukturen immer effizienter und interdependenter. Die schematische Trennung in bis zu neun Kritische Infrastrukturen wird schon in Kürze überholt sein. Stattdessen werden wir in Zukunft von einer interdependenten Kritischen Infrastruktur ausgehen müssen. Im Hinblick auf Kaskadeneffekte, Resilienzen und Notlaufeigenschaften werden sich damit künftig Planer der staatlichen (Sicherheits-)Vorsorge ebenso auseinandersetzen wie private Betreiber. Öffentlichkeitsgerichtete Initiativen des Bundesministeriums des Innern sowie des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik haben zur Verbesserung der Sicherheit beigetragen. Neue Pflichten zum Melden von Cyberangriffen hingegen sind bürokratisch und wenig konstruktiv.

Dass Rauchwarnmelder Leben retten, ist unbestritten. Ausgerüstet mit einem zusätzlichen Chip können sie im Katastrophenfall zur Alarmierung der Bevölkerung in geschlossenen Räumen dienen.

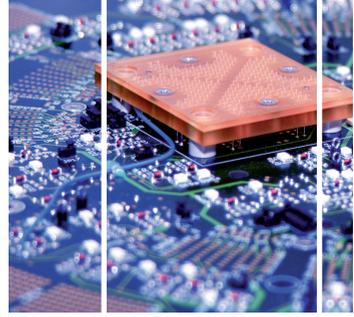
Moderne Videosysteme leisten einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Sicherheit in öffentlichen Räumen. Für die breite Nutzung ist die Akzeptanz in der Bevölkerung unabdingbar.

Im Zuge ihrer Neuausrichtung wird der Umfang der Bundeswehr erheblich reduziert. Dabei muss sie sich auf ihre Kernaufgaben und ihre Ressourcen für den Einsatz konzentrieren. Nötig ist hierfür die frühzeitige Einbindung der Wirtschaft in die Planungen der Bundeswehr auf der Basis institutionalisierter Dialogplattformen, um mehr Effizienz zu erreichen.

ZVEI-Position:

- Die Bundesregierung sollte die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder motivieren, eine gemeinsame rechtliche Grundlage für den Einsatz von Rauchwarnmeldern als Alarmsignalgeber im Katastrophenfall zu schaffen
- Die Politik sollte durch vorurteilsfreie Diskussion mehr Akzeptanz für die Überwachung öffentlicher Räume per Videotechnologie schaffen.
- Die Förderung des europaweiten „one-stop-testing one-stop-certification“ Ansatzes muss ein Schwerpunkt künftiger deutscher Industriepolitik werden, um Sicherheitssysteme aus Deutschland schneller auf den gemeinsamen Markt bringen zu können
- Um künftige interdependente Kritische Infrastrukturen zu schützen und Cyberattacken wirkungsvoll begegnen zu können, sollten Sicherheitsbehörden und Wirtschaft gemeinsam über Risiken informieren und Strategien entwickeln
- Um Synergien für eine leistungsfähige Bundeswehr zu schaffen, muss sie stärker in der Planungsphase mit der Wirtschaft zusammenarbeiten

10. Recht und Normung



Die deutsche Wirtschaft benötigt im internationalen Wettbewerb den bestmöglichen Handlungsrahmen für ihre Unternehmen. Insbesondere der deutsche Mittelstand ist in Zeiten der Globalisierung und einer weltweiten Finanzkrise zu stärken. Im unternehmerischen Geschäftsverkehr bleibt das deutsche AGB-Recht für nationale wie auch für grenzüberschreitende Vertragsabschlüsse hinter den Bedürfnissen der Wirtschaft zurück. Auch ein internationaler Vergleich macht deutlich, dass das deutsche AGB-Recht im B2B-Geschäft leider eine nachteilige Sonderposition für deutsche Unternehmen schafft.

Auf europäischer Ebene sind die unterbreiteten Vorschläge für ein gemeinsames europäisches Kaufrecht mit Sorge zu betrachten. Die Industrie steht dem Vorhaben weiterhin ablehnend gegenüber. Für das konkret vorgeschlagene Instrument besteht kein Bedarf. Insbesondere der Bereich B2B darf durch unausgereifte Lösungen keiner weiteren Ungewissheit und zusätzlichen Belastung ausgesetzt werden. Unternehmen in Europa müssen rechtssicher handeln können. Dies erfordert sachgerechte Rahmenbedingungen mit Augenmaß und nach tatsächlich vorhandenem Bedarf.

Die technischen Normen und Standards sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für die Innovation und für den Export von Geräten und Systemen der Elektrotechnik- und Elektronikindustrie. Der Zugang von Produkten der Elektroindustrie zu Märkten außerhalb Europas, besonders zu USA, Japan, China und Russland, erfordert kosten- und zeitaufwendige Zertifizierungen, die immer noch häufig auf nationalen anstatt international verabschiedeten Normen beruhen. Die Durchsetzung internationaler Normen ist vorrangige Aufgabe.

Neue Technologien und Anwendungen wie Industrie 4.0 oder das Smart Grid brauchen neue Standards, um ein reibungsloses und sicheres Zusammenwirken der Systeme zu ermöglichen. Zur Entwicklung dieser Standards ist häufig begleitende Forschung erforderlich, die von den Unternehmen nicht zwangsläufig getragen werden kann.

ZVEI-Position:

- Reform des deutschen AGB-Rechts im unternehmerischen Geschäftsverkehr für mehr Rechtssicherheit
- Kein Bedarf für ein (unausgereiftes) gemeinsames europäisches Kaufrecht
- Verwendung von internationalen technischen Normen weltweit durchsetzen, um nicht tarifäre Handelshemmnisse durch nationale Normen abzubauen
- Normung und Standardisierung in der Selbstverwaltung der Wirtschaft belassen und Begleitprojekte zur Entwicklung und Durchsetzung der Normen fördern

RECHT UND NORMUNG



ZVEI - Zentralverband Elektrotechnik-
und Elektronikindustrie e. V.

Lyoner Straße 9
60528 Frankfurt am Main

Telefon: 069 6302-0

Fax: 069 6302-317

E-Mail: zvei@zvei.org